

Braml, Josef M.

Research Report

Gretchenfrage für Bush und die Republikaner: Die Neubesetzung des U.S. Supreme Court

SWP-Aktuell, No. 49/2005

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Braml, Josef M. (2005) : Gretchenfrage für Bush und die Republikaner: Die Neubesetzung des U.S. Supreme Court, SWP-Aktuell, No. 49/2005, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254576>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Gretchenfrage für Bush und die Republikaner

Die Neubesetzung des U.S. Supreme Court

Josef Braml

Nachdem Harriet Miers ihre Kandidatur für das Oberste Gericht der USA zurückgezogen hat, nominierte Präsident Bush mit Samuel Alito einen Kandidaten, der auch von der konservativen Basis der Republikaner mitgetragen wird. Während Bush zuletzt John Roberts als Nachfolger des verstorbenen Chief Justice Rehnquist durch den Senat manövrieren konnte, gestaltet sich die Nachfolge der scheidenden Richterin Sandra Day O'Connor um einiges schwieriger: Samuel Alito könnte die Mehrheitsverhältnisse in dem neunköpfigen Gremium entscheidend verändern, nicht zuletzt im Blick auf die auch politisch heikle Abtreibungsfrage. Das 1973 per Urteil des Obersten Gerichts bundesweit etablierte Recht auf Abtreibung ist für viele Konservative ein Paradebeispiel »aktivistischer Rechtsprechung«. Die Richternominierung ruft daher einerseits die Christliche Rechte – die stärkste Wählergruppe der Republikaner – auf den Plan, mobilisiert andererseits aber auch liberale Abtreibungsbefürworter und weniger strikte Abtreibungsgegner (auch in den eigenen Reihen) zu politischem Engagement, wie sich bereits im Vorfeld der Senatsanhörungen im Januar 2006 zeigte. Die Haltung des Präsidenten in diesem »Kulturkampf« entscheidet nicht nur über die Ausgangslage seiner Partei bei künftigen Wahlen, sie beeinflusst über seine Amtszeit hinaus auch die Innen- und Sicherheitspolitik der USA.

Die fallenden Zustimmungswerte für die Amtsführung des Präsidenten erschweren ihm eine ohnehin heikle Aufgabe: George W. Bush muß beim Nominierungsverfahren darauf achten, daß seine Kandidaten nicht von der Opposition im Parlament verhindert werden; andererseits muß er Sorge dafür tragen, daß das eigene Lager zusammenhält. Ein maßgebendes Kriterium für die Nominierung ist die Haltung eines Kan-

didaten zu sogenannten »Spalt-Themen« wie dem Verhältnis von Staat und Religion und nicht zuletzt auch dem Recht auf Abtreibung, die nicht nur die Nation polarisieren, sondern auch die Kohärenz der Republikanischen Wählerkoalition auf die Probe stellen und über ihre Zukunft entscheiden. Gelingt dem Präsidenten der Drahtseilakt, die Christliche Rechte zufriedenzustellen, ohne die in religiös-mora-

lischen Fragen pragmatischeren Wähler zu verprellen? Welche politischen Konsequenzen könnte die Neubesetzung des Supreme Court zeitigen?

Schwindendes politisches Kapital des Präsidenten

Gestärkt durch seine Wiederwahl verkündete der US-Präsident noch zu Jahresbeginn 2005, daß er eine Menge »politisches Kapital« gesammelt habe. Er versprach zudem, es im Sinne »seiner« Wähler zu nutzen. Differenzierte Analysen des Wahlergebnisses verdeutlichen, daß die Wähler George W. Bushs am häufigsten moralische Werte/religiöse Überzeugungen als wichtigstes Kriterium ihrer Wahlentscheidung nannten, gefolgt vom Thema Terrorismus. Die wahlentscheidenden Themen können sich jedoch als ambivalent erweisen; sie bergen auch politische Gefahren für Bush und die Republikaner.

Der Irakkrieg – den Präsident Bush seinen Getreuen als weitere Schlacht im langfristigen »Krieg gegen den Terrorismus« vermittelte – wird zunehmend zur politischen Hypothek und zehrt am »Kapital« des Präsidenten und seiner Parteigänger im Kongreß; die Abgeordneten unter ihnen und ein Teil der Senatoren müssen in knapp einem Jahr zur Wiederwahl antreten. Die politische Sprengkraft des Irakkrieges stellt die ohnehin fragile Koalition der Republikaner auf eine zusätzliche Bewährungsprobe, zumal außenpolitische Geschlossenheit im Kampf gegen den Terrorismus bislang ein guter Kitt war, um die innenpolitisch noch weitaus fragilere Koalition der Republikaner zu festigen.

In der Innenpolitik droht der Präsident zwischen die Fronten im sogenannten »Kulturkampf« zu geraten, der sich am Verhältnis zwischen Staat und Religion, aber auch an Themen der Sexualmoral und insbesondere am Recht auf Abtreibung entzündet. Einbußen für die Republikaner bei künftigen Wahlen könnten die Folge sein.

Zerreißprobe für die Wählerkoalition der Republikaner

Für pragmatisch orientierte Strategen der Christlichen Rechten wie Ralph Reed, Cheforganisator der erfolgreichen »Basis«-Wahlkampagne George W. Bushs, bleibt die Allianz mit der Republikanischen Partei eine schwierige Gratwanderung: Beim Ringen um politische Macht, das Zugeständnisse erfordert, läuft diese Gruppierung vor allem in der Abtreibungsfrage Gefahr, moralische Prinzipien preiszugeben, die zur Mobilisierung der eigenen Basis wichtig waren und damit das eigentliche Unterpfand für die politische Arbeit bilden. Entscheidungen des Obersten Gerichts – vor allem das 1973 im Fall Roe versus Wade etablierte Recht auf Abtreibung – waren die Initialzündung und der Treibstoff für das politische Engagement der Christlichen Rechten, die nicht ruhen werden, bis die »unseligen« Urteile zur Abtreibung wieder rückgängig gemacht worden sind. Im politischen Alltag ist es aber für die Evangelikalen weiterhin wichtig, zum einen nicht abschreckend auf die Gesamtbevölkerung zu wirken – oder gar das Lager des politischen Gegners zu mobilisieren – und zum anderen geschmeidig genug zu bleiben, um den Zusammenhalt der eigenen politischen Wahlkoalition nicht zu gefährden.

Auch für die Parteistrategen der Republikaner bleibt es eine besondere Herausforderung, die Christliche Rechte zu integrieren, ohne die Parteikohäsion aufs Spiel zu setzen. Denn es gilt, ein breites Spektrum von Republikanern unter einem Dach zu halten: vom wirtschafts- und werteliberalen hin zum wertekonservativen Pol. Das kann jedoch nur gelingen, wenn man sich auf einigende wirtschaftspolitische Themen konzentriert und die spaltenden moralischen Themen etwas entschärft. Letzteres wurde bislang erfolgreich praktiziert, indem man heikle Themen wie Aids oder Abtreibung der innenpolitischen Aufmerksamkeit entzog und in die außenpolitische Arena verlagerte. Damit entstanden neue Betätigungsfelder für die Christliche Rechte, ohne daß dabei gemäßigte Wähler

abgeschreckt wurden (ausführlicher dazu siehe die SWP-Studie 35/2004: Josef Braml, »Die religiöse Rechte in den USA«).

In der innenpolitischen Auseinandersetzung sind sogenannte »moral issues«, sexual-moralische Themen wie Abtreibung oder Homosexualität, für die Republikaner denkbar schlecht geeignet, um einen tragfähigen gemeinsamen Nenner zu finden. Bewegt sich die Wahlkampfstrategie zu sehr in Richtung absoluter Abtreibungsgegner (*pro-life*-Befürworter), könnten weniger strikte Abtreibungsgegner und -befürworter (*pro-choice*) verprellt werden. Geht es um gleichgeschlechtliche Ehe bzw. staatlich geförderte Lebensgemeinschaften, machen sich vor allem Homosexuelle im eigenen Lager für eine Liberalisierung stark. Der Kampf der »Rechtgläubigen« (*true believers*) gegen »Modernität« und für die »wahren Werte« hält wiederum wirtschaftsliberal gesinnte Republikaner auf Distanz.

Abtreibung – eine Entscheidungsfrage ...

Vor allem in der Abtreibungsfrage oszilliert Präsident Bush zwischen den gemäßigten Positionen wertliberaler Parteigänger und der dogmatischen Haltung auf der christlich rechten Seite. So dämpfte er, nachdem es ihm gelungen war, die sogenannte »partial birth abortion« unter Strafe zu stellen, weitergehende Erwartungen, indem er darauf hinwies, daß Amerikaner noch nicht bereit seien für ein generelles Verbot von Abtreibungen. Der Partial-Birth Abortion Ban stellt Abtreibung in einem späten Schwangerschaftsstadium unter Strafe. Der legislative Zwischenerfolg war für den Präsidenten politisch weniger riskant, als es die Einschränkungen anderer Abtreibungspraktiken gewesen wären. Die amerikanische Bevölkerung befürwortet denn auch mehrheitlich die jüngste Einschränkung des 1973 etablierten Rechts auf Abtreibung. Sie ist aber in gleichem Maße gegen weitergehende Einschränkungen und gegen eine generelle Aufhebung des Grundsatzurteils.

Im Wahlkampf ließ sich der amtierende Präsident denn auch nicht auf eine eindeutige Aussage zu »Roe-v.-Wade« festlegen. Anders sein Herausforderer John Kerry, der durch sein früheres Abstimmungsverhalten im Senat und im Rededuell mit dem amtierenden Präsidenten bekundete, daß er für die uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Rechts auf Abtreibung eintritt. Demnach war der liberale Kerry für die Parteistrategen der Republikaner und die Graswurzelorganisatoren der Christlichen Rechten ein Gegenkandidat, der geradezu ideal war, um die eigene »Basis« gegen das »Böse« zu mobilisieren.

George W. Bushs »culture of life«-Wahlkampf war erfolgreich: Der amtierende Präsident konnte seine ohnehin starke Wählerbasis evangelikaler Christen vergrößern und konfessionsübergreifend seine christlich rechte Mehrheit ausweiten. Der Anteil seiner weißen evangelikalen Wähler (die ein Viertel der registrierten Wahlberechtigten ausmachen) stieg von 71% im Jahr 2000 auf 78% bei seiner Wiederwahl 2004. Bush gelang es darüber hinaus, den Anteil katholischer Wähler (ein weiteres Viertel der eingetragenen Wählerschaft) zu erhöhen, ja mehr Stimmen von ihnen zu gewinnen als sein katholischer Herausforderer John Kerry: 52% versus 47% für Senator Kerry.

... für die politische Zukunft der »moralischen Mehrheit«

Die politischen Strategen der Republikaner und der Christlichen Rechten sind entsprechend motiviert, eines Tages die evangelikale Wählerbasis um ebenso viele konservative Katholiken zu erweitern. Dann hätten sie ihr strategisches Ziel einer konfessionsübergreifenden »moralischen Mehrheit« erreicht. Schon lange vor dem Jahr der Wiederwahl Bushs gab es in Washington zahlreiche Arbeitstreffen führender konservativer Evangelikaler mit katholischen Führern. Traditionell tendierten die Katholiken dazu, die Demokraten zu wählen. Dies hat sich seit der

Wahl Reagans 1980 allmählich geändert, der damals einen merklichen Anteil der katholischen Stimmen gewann. »Das ist nach wie vor ein Wählerblock, der von beiden Parteien gewonnen werden kann«, beschrieb der christlich rechte Vordenker und frühere innenpolitische Berater Ronald Reagans, Gary Bauer, die langfristige Perspektive.

Katholiken sind nicht nur wegen ihres aktuellen Stimmenpotentials für die Wahlstrategen der Republikaner interessant. Ihr Anteil an der Bevölkerung weist die größte Zunahme auf – vor allem durch die sogenannten »Hispanics« (63% von ihnen sind katholisch und 16% Protestanten, darunter auch evangelikale), deren Zahl in den USA sich laut den Daten des Pew Hispanic Center in den letzten drei Jahrzehnten beinahe vervierfachte (1970 9,6 Mio.; 2000 35,3 Mio.).

Anlässlich der Unterzeichnung des Partial-Birth Abortion Ban durch Präsident Bush applaudierte Erzbischof Charles Chaput, Leiter des Komitees für Abtreibungs(*pro-life*)-Fragen der Amerikanischen Katholischen Bischofskonferenz, daß dieses Gesetz eine Kehrtwende darstelle: »Es ist das erste Mal seit drei Jahrzehnten, daß unsere Nation Abtreibungspraktiken eine Einschränkung auferlegt hat.« Für Erzbischof Chaput war es ein erster »lebenswichtiger Schritt in die richtige Richtung«.

Beflügelt durch diesen legislativen Teilerfolg, die Siege der Republikaner bei den letzten Wahlen und die Tatsache, daß neben dem Weißen Haus auch beide Kammern des Kongresses in Republikanischer Hand bleiben, hegen konservative religiöse Interessengruppen und Wähler nunmehr höhere Erwartungen, daß der Präsident ihre Anliegen beherzigt und vor allem in der für sie zentralen Frage der Richternominierungen eindeutiger als sein Vater oder als dessen Vorgänger Reagan Farbe bekennt. Denn die für christlich Rechte wichtigen Themen – wie Abtreibung, die gleichgeschlechtliche Ehe, die sexuelle Privatsphäre Homosexueller oder die Frage, ob das patriotische Ritual des Treuegelöb-

nisses in den Schulen, der sogenannte »Pledge of Allegiance«, den Passus »one Nation under God« enthalten darf – werden nicht oder zumindest nicht endgültig von der Legislative und dem Präsidenten entschieden. Sie gelangen früher oder später vor den Supreme Court als letzter Instanz der Verfassungsinterpretation.

Die Nominierungen

Um die Gegner- und wohl auch die Wählerschaft der Demokraten zu spalten, hatte Präsident Bush erwogen, einen hispanischen Kandidaten für eine Position am Obersten Gericht vorzuschlagen: Alberto Gonzales, seinen früheren persönlichen Berater und jetzigen Justizminister. Doch der Präsident nahm letztlich Abstand von diesem Vorhaben, weil er damit auch massive Spannungen im eigenen Republikanischen Lager hervorgerufen hätte. Denn für viele Anhänger der Christian Right kann ein Richter am Supreme Court nicht konservativ genug sein: »Wir erwarten von Präsident Bush, daß er jemanden beruft, der eindeutig auf unserer Seite in diesem Kulturkampf steht, jemanden wie Scalia«, schrieb der christlich Rechte Wortführer Bauer dem Präsidenten ins Stammbuch. Richter Antonin Scalia, ein ultra-konservativer Katholik, ist davon überzeugt, »daß der Staat/die Regierung moralische Autorität von Gott ableitet«. Christlich Rechte verbuchten es denn auch als ihren Erfolg, den in der Abtreibungsfrage in ihren Augen zu liberalen Gonzales als Richter für den Supreme Court verhindert zu haben.

Bush ist aber auch gut beraten, keine Kandidaten mit zu extremen religiös-moralischen Positionen in das Nominierungsverfahren zu schicken. Der Präsident mußte in seiner Amtszeit wiederholt Kandidaten für höhere Richterämter an Bundesgerichten zurückziehen, nachdem sie im Senat von Liberalen der Demokratischen Opposition mit parlamentarischen Mitteln und Manövern (sogenannte Filibuster) blockiert worden waren. Zum vorläufigen Waffenstillstand im »Kulturkampf« kam es

erst, als sich parteiübergreifend 14 Senatoren, die sogenannte »Gang of 14«, auf einen vorläufigen Kompromiß einigten. Danach wurden drei der zehn kontroversen Nominierungen vom Senat gebilligt, die Demokraten verzichteten in diesen Fällen auf parlamentarische Blockademanöver. Im Gegenzug verpflichteten sich die sieben Republikanischen Senatoren, ihrem Mehrheitsführer die Gefolgschaft für den Fall zu verweigern, daß er die von ihm angekündigte »Nuklearoption« ergreift: Majority Leader Bill Frist beabsichtigte, mit einer einfachen Mehrheit von 51 Stimmen die Geschäftsordnung zu ändern und damit de facto parlamentarische Kontrollmöglichkeiten bei Richternominierungsverfahren abzuschaffen. Das Stillhalteabkommen kann jedoch bei »außerordentlichen Umständen« wieder aufgekündigt werden. Die Feststellung, wann solche Umstände vorliegen, bleibt Interpretationssache (ausführlicher zur Filibuster-Debatte siehe SWP-Aktuell 24/2005: Michael Kolkmann, »Test für die Republikanische Mehrheit«). Im Hinblick auf die anstehenden Richternominierungen war es zumindest fraglich, ob das Stillhalten andauern würde, zumal Nominierungen für das Oberste Gericht in mehrfacher Hinsicht außergewöhnlicher sind als die bisherigen Verfahren. Es blieb also zu befürchten, daß sich die Geister in der Abtreibungsfrage erneut scheiden würden.

Der moralische und Interessenkonflikt des Präsidenten kann nicht gelöst, sondern nur eingedämmt werden. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat George W. Bush Kandidaten für das Oberste Gericht nominiert, deren bisherige öffentliche Stellungnahmen keine eindeutige Zuordnung zu dem einen oder anderen Lager im Abtreibungsdisput zulassen. Damit verfügt der politische Gegner auch kaum über öffentlichkeitswirksame Argumente, die die Nominierungen im Kongreß gefährden könnten.

Das erste Nominierungsverfahren verlief weitgehend reibungslos. Präsident Bush schlug dem Senat mit John Roberts einen Kandidaten vor, dessen Ausbildung und Werdegang es den Demokraten schwer-

machte, ihn als religiösen Eiferer zu disqualifizieren. Zwar ist Roberts ein gläubiger Katholik, der auch die volle Unterstützung der Christlichen Rechten genießt. Jedoch ließ er sich bei den Anhörungen vor dem Senat nicht auf Glaubensfragen ein und bezog auch nicht eindeutig Stellung in der Abtreibungskontroverse.

Nach diesem Nominierungserfolg der Republikaner wird es schwieriger, einen weiteren Kandidaten durch den Senat zu bringen. Während im Fall Roberts ein beständig konservativer Richter (Chief Justice William Rehnquist) durch einen ebenfalls Konservativen ersetzt wurde, steht bei der Nachfolge der als liberal geltenden Richterin Sandra Day O'Connor mehr auf dem Spiel. Die erste Frau am Obersten Gericht, die immerhin von Präsident Reagan nominiert wurde, entpuppte sich im Laufe ihrer richterlichen Tätigkeit in den Augen Konservativer als »zu liberal«. In vielen für christlich Rechte zentralen Entscheidungen war sie nicht selten das Zünglein an der Waage. Mit ihrer Nachfolge wird die Machtbalance des neunköpfigen Gremiums entscheidend verändert. Um so mehr Grund für die Christliche Rechte, dieses Mal besonderes Augenmerk auf die »moralische Zuverlässigkeit« der Nachfolgerin bzw. des Nachfolgers zu richten.

Christlich Rechte begrüßten denn auch Bushs zunächst nominierte Kandidatin Harriet Miers zurückhaltender, als sie zuvor John Roberts aufgenommen hatten. Die Nominierung geriet schließlich in Gefahr, als eine ihrer früheren Stellungnahmen publik wurde, in der sie sich anders als in den bis dahin von ihr bekannten Verlautbarungen für das »Selbstbestimmungsrecht« der Frau ausgesprochen hatte. »Obschon sie einer evangelikalen Kirche angehört, die bekannt ist für ihre »pro-life«-Haltung, unterstützte Harriet Miers gleichzeitig die Agenda radikaler Feministinnen und Organisationen, die den Respekt vor dem Leben und der Familie untergraben«, protestierte Wendy Wright, Vizepräsidentin der Organisation Concerned Women for America (CWA), in einer öffentlichen Stel-

lungnahme gegen die Nominierung von Miers. Selbst der in christlich rechten Kreisen sehr einflußreiche James Dobson, der zunächst dafür plädiert hatte, dem Präsidenten zu vertrauen, hielt »auf der Basis der neuen Erkenntnisse über Frau Miers« seine Unterstützung nicht mehr aufrecht. Eine Vielzahl weiterer christlich rechter Interessengruppen – wie das Eagle Forum, der Family Research Council und die katholische Gruppe Fidelis – übten über Basiskampagnen massiven Druck auf die Senatoren aus. Schließlich teilte Mehrheitsführer Frist dem Weißen Haus mit, daß Harriet Miers im anstehenden Nominierungsverfahren keine Mehrheit im eigenen Lager fände. Der christlich rechte Senator Sam Brownback, der im Kongreß das Value Action Team (VAT) – eine Gruppe moralisch-konservativer Abgeordneter und Senatoren – koordiniert, ließ den Präsidenten wissen, daß er als nächsten Kandidaten jemanden mit ausgeprägter konservativer Philosophie wünsche, vor allem in der Abtreibungsfrage.

Präsident Bush nominierte nach dem Rückzug Harriet Miers mit Samuel Alito einen »prinzipientreuen« Kandidaten, der den Vorstellungen seiner Parteibasis entspricht. Christlich rechte Organisationen wie CWA unterstützen die Nominierung des Katholiken »aus vollstem Herzen«; sie sehen in Alito einen »Originalisten«, der sich an der ursprünglichen, »wahren« Intention der Verfassung orientieren wird, statt ihre Prinzipien dem Zeitgeist folgend »aktivistisch« fortzuentwickeln. Anders als Miers verfügt Alito zudem über langjährige Berufserfahrung als Richter, der mit verfassungsrechtlichen Fragen bestens vertraut ist.

Alitos Werdegang wird es den politischen Gegnern schwer machen, ihn als Extremisten zu stigmatisieren und seine Kandidatur deswegen mit Blockademanövern im Kongreß zu verhindern. Immerhin hatte der Senat ihn schon einmal einhellig und ohne Vorbehalte akzeptiert, als er 1990 für das Amt eines Richters an einem Bundesrevisionsgericht nominiert war. Alitos

zahlreiche Urteile aus der Zeit an diesem Gericht können zwar im Nominierungsverfahren gegen ihn verwendet werden. Doch kann er sich notfalls auf den Umstand berufen, daß seine bisherigen Urteilsprüche an die Rechtsprechung der obersten Instanz gebunden waren.

Mögliche Auswirkungen der Nominierungen

Die Neubesetzung des Obersten Bundesgerichts durch die von Bush nominierten Kandidaten dürfte wesentliche politische Ziele des Präsidenten auch über seine Amtszeit hinaus befördern: Für Vorhaben wie den »Krieg gegen den Terrorismus«, die Reduzierung staatlicher Regulierungen der Wirtschaft und die Etablierung einer neuen »Kultur des Lebens« in Amerika sind Entscheidungen des Supreme Court von zentraler Bedeutung. Urteile der Obersten Richter über sogenannte »moral issues« haben wiederum Rückwirkungen auf das künftige politische Verhalten christlich Rechter – die wichtigste Wählerbasis der Republikaner.

Handlungsspielraum im Krieg gegen den Terrorismus

Der Rechtsstatus und die Behandlung »feindlicher Kämpfer« (*enemy combatants*) und der inhaftierten Taliban und Al-Qaida-Mitglieder auf dem US-Marinestützpunkt Guantánamo in Kuba berühren auch die Befugnisse der Judikative (siehe SWP-Studie 5/2003: Josef Braml, »USA: Zwischen Rechtsschutz und Staatsschutz«). Bislang hat sich das Oberste Gericht in diesen Fragen eher zurückgehalten, weil es dem Obersten Befehlshaber nicht in den Arm fallen wollte.

Der Oberste Richter John Roberts wird dem Präsidenten bei Maßnahmen zur Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit wohl keine zu enge Grenzen aufzeigen. Jedenfalls hatte er zuletzt als Richter eines Berufungsgerichts mitgeholfen, das Urteil einer untergeordneten Instanz zu revidieren, in dem die eigenmächtig vom Präsi-

dentem per Exekutiv-Order autorisierten »Militärtribunale« zur Verurteilung einiger Guantánamo-Häftlinge für unrechtmäßig erklärt worden waren. Bislang gibt es keine Anhaltspunkte, welche Haltung Alito in der Frage präsidentieller Machtbefugnisse einnimmt.

Deregulierung der Wirtschaft

Der neue Chief Justice Roberts ist auch als Advokat für die freie Wirtschaft und Industrie tätig gewesen; demnach ist durchaus Vertrautheit mit den Anliegen der Geschäftswelt zu vermuten. Die Wirtschaftslobby begrüßte denn auch die Nähe Roberts' zum »richtigen Leben«. Ebenso wohlwollend wurde die Nominierung Samuel Alitos von der amerikanischen Handelskammer aufgenommen. Ihr Präsident Thomas Donohue lobte die hohe Qualifikation Alitos und forderte den Senat auf, das Bestätigungsverfahren »umgehend« abzuwickeln. Donohue begründete die Parteinahme mit dem »enormen Einfluß« des Obersten Gerichts auf die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens in Amerika.

Weder Roberts noch Alito zeigte bislang Berührungsängste gegenüber der »Federalist Society«, einer Vereinigung konservativer, vor allem wirtschafts-libertärer Juristen, die sich unter anderem dem Ziel verschrieben haben, das amerikanische Wirtschaftsleben (u.a. Umweltauflagen) zu deregulieren und den Staat aus der freien Wirtschaft zurückzudrängen.

Abtreibung und »culture of life«

Es ist schwer zu beurteilen, in welcher Form sich die Abtreibungsfrage künftig vor dem Supreme Court stellen und wie sie letztlich entschieden wird. Alitos einschlägige Entscheidungen als Richter am Revisionsgericht in Philadelphia sind nicht auf einen einfachen Nenner zu bringen. 1991 plädierte er in seiner prominentesten Entscheidung im Fall Planned Parenthood versus Casey für das Recht eines Ehemannes, von ärztlicher Seite über die Abtrei-

bungsabsicht seiner Frau informiert zu werden. Seiner Minderheitsposition widersprach ein Jahr später auch die Mehrheit der Richter des Supreme Court (u.a. die scheidende Richterin Sandra Day O'Connor), als sie sich erneut auf das 1973 etablierte Recht auf Abtreibung berief. Auch John Roberts' Position in der Abtreibungsfrage ist (von seinen politischen Gegnern) nicht eindeutig festzumachen.

Für Karl Rove, Vordenker langfristiger Republikanischer Mehrheiten auf christlich-rechter Basis, besteht jedenfalls kein Zweifel, daß die von Bush nominierten Richter in ihrer künftigen Rolle am Supreme Court die »richtigen« Entscheidungen treffen werden, auch in dieser Frage.

Blick auf künftige Wahlen

Kurzfristig müssen Bush und die Republikaner im Hinblick auf die Zwischenwahlen 2006 darauf achten, daß christlich Rechte mit beiden Nominierungen einigermaßen zufrieden sind. Ihnen dürfen aber auch keine offensichtlich ultra-konservativen Kandidaten zugestanden werden. Denn dann würde ein politischer »Kulturkampf« ausbrechen, der moderate Wähler verprellen und dem politischen Gegner helfen könnte, die eigene Basis zu mobilisieren. Nicht auszuschließen ist, daß in Bushs laufender Amtszeit weitere, nicht zuletzt liberale Richter aus Alters- oder Gesundheitsgründen von ihrem Amt zurücktreten, was den Präsidenten erneut vor große Herausforderungen stellen wird.

Auf lange Sicht werden jedoch auch die künftigen Urteile des neu besetzten Supreme Court vor allem in Abtreibungsfragen mitentscheiden, ob evangelikale Christen – die Basis der zurückliegenden Wahlerfolge Bushs und der Republikaner im Kongreß – dieser Partei treu bleiben oder ihr das Vertrauen wieder entziehen. Sollten sie von der Politik in den für sie lebenswichtigen Fragen enttäuscht werden, würden viele evangelikale Protestanten in politische Abstinenz zurückfallen und damit – bei den gegebenen knappen Mehr-

heitsverhältnissen – die langfristig angestrebten Mehrheiten der Republikaner vereiteln.

Fazit

Nach dem Urteil der meisten Beobachter hierzulande, aber auch vieler Kommentatoren in den USA, beging der Präsident in der Nominierungsfrage große Fehler. Wenn man jedoch berücksichtigt, welches zugrundeliegende politische Dilemma er und seine Partei zu meistern haben, muß man anerkennen, daß sich Bush strategisch geschickt verhalten hat.

Nach der ersten erfolgreichen Nominierung könnte Bush nun auch die zweite, erwartungsgemäß viel schwierigere gelingen. Damit würde er seiner Partei zumindest bei wichtigen innenpolitischen Themen eine weiterhin gute Ausgangslage hinterlassen, die es ihr ermöglichen würde, ihr »moralisches Feld« auch bei künftigen Wahlen zu bestellen. Und da die Richter auf Lebenszeit ernannt werden, kann George W. Bush auch anderen Politikfeldern wie der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik seinen Stempel aufdrücken und Amerika über seine Amtszeit hinaus prägen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364